

Interpellation Hartmann-Flawil vom 27. November 2002  
(Wortlaut anschliessend)

## Swiss Dairy Food AG und die Rolle der Wirtschaftsförderung

Schriftliche Antwort der Regierung vom 28. Januar 2003

Peter Hartmann-Flawil erkundigt sich in seiner Interpellation nach der Rolle der Wirtschaftsförderung bei der Bewältigung der Folgen des Entscheids der Swiss Dairy Food AG (SDF), vorerst Nachlassstundung zu beantragen und später den Milchabfüllbetrieb in Gossau zu schliessen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Vorweg ist festzuhalten, dass sich das Volkswirtschaftsdepartement bei der Krisenbewältigung im vorliegenden Fall als Ganzes mit den involvierten Ämtern (Landwirtschaftsamt, Amt für Arbeit und Amt für Wirtschaft) als kantonale Wirtschaftsförderung verstand.

Zu den Fragen im Einzelnen:

1. Angesichts der Anzahl gefährdeter Arbeitsplätze und in Anbetracht des Risikos, dass St.Gallische Milchproduzenten keinen Käufer mehr finden könnten, bestand das vorrangige Ziel zu jedem Zeitpunkt darin, nach Lösungen zu suchen, die eine Beibehaltung des SDF-Standortes Gossau ermöglicht hätten. Zur Strategie gehörte es, dass diese nur auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit aufbauen durften. Dies setzte allerdings eine entsprechende Geschäftsidee, einen Businessplan, Einkaufs- und Marketingkonzepte, einen oder mehrere Investoren sowie das Interesse der Kunden voraus. Die Regierung war nie der Ansicht, staatliche Hilfe könnte die vorgenannten Voraussetzungen substituieren. Vielmehr boten sich kantonale Stellen, insbesondere das Amt für Wirtschaft, als neutrale Vermittler und Investorensucher an. Von Beginn der Krise weg war es sodann Ziel des Amtes für Arbeit, in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung des SDF-Betriebes Gossau sämtliche Vorkehrungen zu treffen, um die Folgen einer möglichen Schliessung rasch bewältigen zu können.

Die Problematik der Überkapazitäten in der Milchverarbeitung war bereits vor dem Bekanntwerden des Entscheids des SDF-Verwaltungsrats offenkundig. Die Milchverbände und die Grossverteiler waren folglich von Anfang an der Auffassung, der Abbau von Überkapazitäten in der Milchverarbeitung sei unausweichlich. So hielt der Schweizerische Milchproduzentenverband in einer Pressemitteilung vom September 2002 fest, dass die Unternehmenslandschaft der Milchverarbeitung und der Produktevermarktung nun zielstrebig und überlegt umzugestalten sei. Nur einige Tage nach der Veröffentlichung dieser Mitteilung äusserte sich der Milchverband St.Gallen-Appenzell in einer Kurzinformation dahingehend, dass aufgrund der aktuellen Situation radikale Strukturveränderungen in der Milchverarbeitung nicht verhindert werden können.

Offenbar waren die Weichen schon seit Monaten nicht auf eine Beibehaltung des SDF-Standortes Gossau gestellt, zumal Tatsache ist, dass die Aargauer Zentralmolkerei (AZM) eine neue Milchabfüllanlage in Suhr erstellt. Diese verfügt über eine mehrfache Kapazität der Anlage in Gossau. Der diesbezügliche Investitionsentscheid war schon längere Zeit vor dem Bekanntwerden der provisorischen Nachlassstundung über die SDF gefällt worden. In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung teilte der Direktor der AZM im Oktober 2002 nämlich mit, man habe seit drei Monaten mit der SDF verhandelt. Die SDF beabsichtige,

ihre Milchabfüllung vollumfänglich in die neue Anlage zu übertragen, deren Bau die AZM in Suhr demnächst in Angriff nehmen wolle. Gerüchte, wonach er für die bisher von der SDF gelieferte Milch bereits Vertragsabschlüsse mit Migros und Coop besitze, wollte der Direktor nicht bestätigen (aus: „Zurückhaltendes Feilschen um das Erbe“, NZZ Nr.231, 5./6.10.2002, S. 27). Es ist aber kaum davon auszugehen, dass die AZM ohne Zusicherungen der Abnehmer für über 50 Millionen Franken eine derartige Anlage bauen würde. Seit der Schliessung des SDF-Abfüllbetriebes Gossau sind Teile der Anlage nun in Betrieb. Die Kapazitäten werden in den nächsten Monaten laufend erhöht. Der Vollbetrieb wird in diesem Jahr aufgenommen. Somit stellt sich heraus, dass die Marktanteile des SDF-Betriebes Gossau für Konsummilch zum Zeitpunkt des Begehrens um provisorische Nachlassstundung bereits weitgehend verloren waren.

2. Es bestanden zahlreiche Kontakte zu verschiedensten Akteuren: Bundesrat, Bundesamt für Landwirtschaft, Sachwalter, SDF-Konzernleitung, SDF-Betriebsleitung Gossau, Beraterbüro der SDF, grosse Mitbewerber der SDF, regionale Milchverarbeiter, Milchverbände, Bauernverbände, Banken, kommunale Wirtschaftsförderung. Mit den Beteiligten wurden intensive Gespräche geführt. Im Mittelpunkt dieser Gespräche stand die Weiterführung des Betriebes in Gossau, wobei verschiedene rechtliche Konstruktionen denkbar gewesen wären wie die Gründung einer Auffanggesellschaft oder die Übernahme von Aktiven und Passiven (Gebäude und Produktionsanlagen, teilweise Marken). In einer ersten Phase konzentrierten sich die Kontakte auf die grossen nationalen Mitbewerber der SDF. In einer zweiten Phase bot das Volkswirtschaftsdepartement die neutrale Plattform für eine Aussprache regionaler Übernahmeinteressenten hinsichtlich eines möglichen gemeinsamen Vorgehens.
3. Im Frühjahr 2002 waren Regierung und Verwaltung keine konkreten Pläne für eine mögliche Übernahme des Gossauer Standortes bekannt. Ob sich der Verwaltungsrat der SDF bereits zu diesem Zeitpunkt zum Verkauf oder zur Schliessung des Standortes Gossau entschlossen hatte, bleibt offen.

In die Gespräche nach Bekanntwerden der provisorischen Nachlassstundung Ende September waren ein gutes Dutzend potentieller Interessenten involviert. Mögliche Lösungen scheiterten jedoch letztlich an den nicht überzeugenden Businessplänen und der damit verbundenen fehlenden Bereitschaft der Interessenten, Kapital in den Betrieb der Produktionsanlagen zu investieren. Die Businesspläne stiessen nicht zuletzt deshalb auf keine positive Resonanz, weil die SDF bereits Marktanteile verloren hatte und nach Bekanntwerden der provisorischen Nachlassstundung weiter verlor. Das Amt für Wirtschaft selbst war in die Ausarbeitung eines Businessplans als Vorbereitung eines gemeinsamen Treffens von regionalen Interessenten eingebunden.

Andere Kantone, so zum Beispiel der Kanton Bern, engagierten sich finanziell nur subsidiär, nachdem von Seiten der Milchproduzenten und von Investoren Kapital zusammengetragen worden war. Im Kanton Bern stellt die Landwirtschaftliche Organisation Bern (LOBAG) zwei Millionen Franken aus der Verbandskasse bereit und die Bauern willigten in einen Milchpreisabzug von bis zu 2,5 Rappen/kg ein.

4. Was die Bemühungen um eine Weiterführung des SDF-Betriebes Gossau anbelangt, so waren die Anstrengungen der mit der Förderung der Wirtschaft befassten Stellen aufgrund des schwierigen Marktumfeldes letztlich nicht von Erfolg gekrönt. Die Begleitung und Betreuung der von den Entlassungen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch das Amt für Arbeit stellen aber zweifellos einen Aspekt erfolgreicher Krisenbewältigung dar, auch wenn die nachhaltige Erhaltung der Arbeitsplätze volkswirtschaftlich betrachtet wünschenswerter gewesen wäre. Bis Mitte Januar 2003 hatten bereits die Hälfte der entlassenen SDF-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter wieder eine neue Stelle gefunden.

Im Weiteren ist festzuhalten, dass sämtliche Milchlieferanten der SDF in der Zwischenzeit für die gesamte Milchmenge neue Abnehmer gefunden haben. Es kann allerdings nicht

ausgeschlossen werden, dass die Milchproduzenten bei der Erneuerung der Abnahmeverträge im Frühjahr infolge der Marktumwälzung einem zusätzlichen Preisdruck ausgesetzt sind.

5. Eine Neuorientierung der Wirtschaftsförderung in Krisensituationen ist nicht erforderlich. Es wird auch in Zukunft nicht die Aufgabe des Staates sein können, Unternehmen am Leben zu erhalten, für die sich aufgrund der Gegebenheiten des Marktes und den nicht erfolgsversprechenden Businessplänen keine privaten Investoren finden lassen. Eine Aufrechterhaltung mit staatlichen Mittel wäre nicht nur aus ordnungspolitischer Sicht fragwürdig, es würden dafür auch das gesetzliche Instrumentarium und der notwendige finanzielle Handlungsspielraum fehlen.

28. Januar 2003

Wortlaut der Interpellation 51.02.78

### **Interpellation Hartmann-Flawil: «SDF-Pleite und die Rolle der Wirtschaftsförderung**

In der Ostschweiz wird der SDF-Standort Gossau geschlossen. Gegen 200 Personen verlieren den Arbeitsplatz. Gossau ist der einzige SDF-Standort, für den es keine Lösung gibt. Dies obwohl nach unseren Informationen bereits im Frühjahr ein namhafter Übernahmeinteressent dafür vorhanden war.

Die Unterschiede in der Krisenbewältigung sind zwischen den betroffenen Kantonen signifikant. So wurde andernorts offensichtlich Druck auf den Bund ausgeübt, der als Regulator des Milchmarktes direkt in der Verantwortung steht. Auch wurde die Zusammenarbeit mit allen Betroffenen gesucht, wobei die Landwirte teilweise grosse Zugeständnisse machen mussten. Zudem erklärte beispielsweise der Kanton Bern die Bereitschaft, öffentliche Mittel oder Bürgschaften in ansehnlichem Umfang einzusetzen. Diese Mittel sind Voraussetzung für Auffanglösungen.

Im Kanton St.Gallen wurde die Bedeutung der SDF-Krise zu spät erkannt, was unter anderem dazu führte, dass Lieferanten und Abnehmer auf eigene Faust nach individuellen Lösungen suchten und damit sinnvolle Möglichkeiten einer Gesamtlösung für den Standort Gossau unterliefen.

Es stellen sich deshalb verschiedene Fragen zur Organisation der federführenden Wirtschaftsförderung deren Vorgehensweise.

Bereits heute danke ich der Regierung für die Beantwortung der Fragen:

1. Welche Ziele hatten die Verantwortlichen des Kantons St.Gallen für die Bewältigung der SDF-Krise? Welche Strategien wählten sie?
2. Welche Kontakte mit welchen Zielen bestanden zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, zu anderen Kantonen, zu Sozialpartnern, zu potenziellen Interessenten und zur SDF-Führung?
3. Woran scheiterte im Frühjahr 2002 die mögliche Übernahme des Gossauer Standortes durch einen Interessenten? Mit wie vielen Interessenten wurden Gespräche geführt und an welchen Problemen scheiterten die Lösungsansätze?

4. Welche Aspekte der Krise konnten durch die Wirtschaftsförderung erfolgreich bewältigt werden?
5. Wo sieht die Regierung Ansätze zu einer Neuorientierung der Wirtschaftsförderung in solchen Krisensituationen? Welche Konsequenzen sind aus Sicht der Regierung zu ziehen?»

27. November 2002